

Krise des Sozialstaats oder Krise der Politik ?

1. Geschichte des Sozialstaats

Ausgangspunkt der Sozialpolitik ist die Tatsache, dass die soziale Existenz vieler Menschen im gegenwärtigen Wirtschaftssystem gefährdet bleibt. Der Arbeiterbewegung ist es wohl gelungen, die Verelendung der Lohnarbeiter zu verhindern und nicht nur relative soziale Sicherheit zu erkämpfen, sondern auch Chancen zu Mit- und Selbstbestimmung zu eröffnen. Dadurch hat sich auch die Ebene verlagert, auf der soziale Probleme und Konflikte zu Tage treten:

Die Lebenslage der Menschen ist stark bestimmt durch Maßnahmen des Staates und der sozialen Sicherungssysteme, sie erscheint in vielen Bereichen nicht unmittelbar als Resultat wirtschaftlicher Prozesse, sondern als Leistung oder Versagen von Politik.

In Wirklichkeit kann sich die Sozialpolitik nicht von ihren wirtschaftlichen Voraussetzungen lösen, sowohl die Problemlagen als auch die politischen Handlungsmöglichkeiten bleiben abhängig von den wirtschaftlichen Bewegungen.

Dies lässt sich insbesondere an den ***Entwicklungen der Vergangenheit*** erkennen:

In den Phasen hohen wirtschaftlichen Wachstums bis Anfang der 70er Jahre konnte der generelle Ausbau des sozialpolitischen Instrumentariums propagiert und durchgesetzt werden. Daneben wurden spezifische Akzente gesetzt, um die Lage besonderer Problem- und "Randgruppen" zu verbessern.

Seit die bisherige Voraussetzung der Sozialpolitik, stetige wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung, mit dem wirtschaftspolitischen Konzept der Globalsteuerung wegen des Einbruchs der Weltwirtschaftskrise der 70er Jahre und der Entwicklung globalisierter Märkte, vor allem – politisch betrieben - der Finanzmärkte, nicht mehr erreichbar ist, geraten die sozialen Leistungs- und Sicherungssysteme unter den mehrfachen Druck der krisenhaften ökonomischen Basis.

Die hohe Massenarbeitslosigkeit wurde nicht nur zum strukturellen Problem, sie hat auch zur Folge, dass sich mit einer neuen sozialen Polarisierung neue Problemgruppen herausbilden. Gerade diese Gruppen sind besonders betroffen vom Abbau der sozialen Leistungen und der Politik der Umverteilung von unten nach oben. Die Folgelasten der Beschäftigungskrise werden so auch auf die Kommunen überwältzt.

2. Dialektik des Sozialstaats: Soziale Pazifizierung – ökonomische Stabilisierung - Soziale Emanzipation

Die neoliberale Agitation gegen den Sozialstaat bezieht ihre Wirkung bei Teilen der Arbeitnehmerschaft aber nicht nur aus ihrem Appell an Opferbereitschaft für den Wirtschaftsaufschwung und dem Setzen auf emotionale Vorurteile. Diese Wirkung beruht auch auf dem Doppelcharakter einer im Rahmen der kapitalistischen Ökonomie betriebenen Sozialpolitik und wird mit ermöglicht dadurch, daß die Sozialdemokratie ihren politischen Anspruch weitgehend darauf reduziert. hat, auch Verlauf und Ergebnisse des krisenhaften Kapitalverwertungsprozesses zu reagieren und dessen Auswirkungen zu korrigieren:

Für die Lohnabhängigen als Produzenten allen gesellschaftlichen Reichtums ist zunehmend der Interessengegensatz zwischen Lohnarbeit und Kapital verdeckt durch die Erfahrung eines erträglich gewordenen Kapitalismus.

Verteilungspolitik wird vermehrt über den Staat ausgetragen, dieser wird als klassenneutraler Regler verstanden, der - bei entsprechender politischer Orientierung durch eine sozialdemokratische Regierungsmehrheit und einen möglichst krisefreien Verlauf der Wirtschaftsentwicklung unterstellt - seiner sozialstaatlichen Verantwortung, gerecht werden kann und muss.

Die geschaffenen und wachsenden sozialstaatlichen Einrichtungen stehen in diesem Zusammenhang dem einzelnen als undurchschaubare, fremde Apparate gegenüber, vom bürgerlichen Staat und nach den Interessen der Mächtigen geformt.

Eine zunehmende Sozialstaatskritik propagiert die Individualisierung und Entsolidarisierung als scheinbar plausible Alternative zum „Wohlfahrtsstaat“:

Im Zusammenhang mit der verstärkten Differenzierung der Lebensweisen erscheinen die existierenden kollektiven Schutzsysteme als bürokratische Mechanismen, die die Herausbildung individueller Lebensstile eher behindern als fördern.

Unterschlagen wird dabei allerdings, dass für die Mehrzahl der Menschen individuelle Entfaltungsmöglichkeiten erst auf der Grundlage kollektiv erkämpfter solidarischer Sicherungssysteme entstehen konnten und dass auch weiterhin die Entwicklung von Individualität auf gesellschaftliche Voraussetzungen angewiesen bleibt. Vorteile, die sich für einzelne aus der Entsolidarisierung ergeben, bleiben kurzfristig und werden mit Risiken und Gefährdungen für die Mehrheit erkaufte.

Die Veränderungen der Lebensweisen werden von den Menschen als ambivalent und sehr widersprüchlich erfahren: Sie erscheinen einerseits als krisenhafter Umbruch, als Zerfall traditioneller Strukturen, dem viele mit Orientierungslosigkeit begegnen. Andererseits fördern sie die Suche nach neuen Perspektiven einer verantwortlichen Lebensgestaltung und entsprechenden Wertorientierungen („Wertewandel“).

3. Krise des Sozialstaats: Ideologie und Realität

Schlagworte: „Es ist kein Geld da“ - „Wir haben über unsere Verhältnisse gelebt“ – „Es gibt nichts mehr zu verteilen“ – „Missbrauch“ – „Zu hohe Löhne/Lohnnebenkosten, zu hohe Steuern“ – „Generationengerechtigkeit“ (demographischer Wandel, Staatsverschuldung, Renten, Sozialbeiträge) – „Ende der Arbeitsgesellschaft“

Die ideologische Basis des Sozialstaats-Abbaus ist ein Menschenbild, das die rücksichtslose Durchsetzung des Einzelnen in der freien Konkurrenz vertritt, eine unter dem Schlagwort "Entbürokratisierung" betriebene Umfunktionalisierung des Staates zum Unternehmerstaat und die Privatisierung der sozialen Risiken.

Dahintersteht die **Neoliberale „Theologie“**:

- ◆ Angebotsorientiert – statisch - dogmatisch (s. Say'sches Gesetz)
- ◆ Staat als „Störer“ – d.h. systemimmanent kontraproduktiv (Kreislaufwirtschaft) - Ignorierung der ökonomischen Effekte der Verteilungsverhältnisse (Vermachtung!) und der Nachfrage (Destabilisierung!)
- ◆ Re-Kommodifizierung der Arbeitskraft („In Zukunft soll offensichtlich das, was der Mensch zum Leben braucht bzw. was ihm zum Leben zugebilligt wird, maßgeblich von seiner Verwendbarkeit in der „Arbeitsgesellschaft“ abhängen. Dies stellt eine bemerkenswerte Neuinterpretation des Sozialstaatspostulats durch die Hartz-Kommission dar.“ Memorandum 2003)

- ◆ Reduktion des Arbeitsbegriffs (als Arbeit gilt nur noch die von der am Markt nachgefragten Arbeitskraft erbrachte Leistung, Arbeit als schöpferische, emanzipatorische und soziale Kategorie menschlicher Existenz, die einer gesellschaftlichen Organisation und Absicherung bedarf, existiert nicht)

Umgesetzt wird das Konzept mittels massiver Medienkampagnen (z.B. "Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft"), eine neoliberal beherrschte „Wissenschaft“ und z.T. auch durch die regierungsamtliche Propaganda, die den Eingriff In die sozialen Sicherungssysteme nicht nur haushaltstechnisch, sondern als alternativlose Voraussetzung für einen wirtschaftlichen Wiederaufschwung und für eine zukunftsfähige gesellschaftliche Entwicklung begründet.

Die Mißbrauchsdiskussion soll nur von den Mißbräuchen ablenken, die wirklich bekämpft werden müßten: Durch Steuerhinterziehung und Wirtschaftskriminalität verliert der Staat jährlich mehrstellige Milliardenbeträge.

Die Kritik an der Sozialstaatsbürokratie schließlich richtet sich nicht auf eine stärkere Demokratisierung, sondern auf den weitgehenden Abbau des Sozialstaats.

Ökonomischer Kern:

In dem Maß, in dem der Handlungsbedarf krisenbedingt steigt, verringern sich - bei gegebenen Verteilungsverhältnissen - die Mittel, die nötig wären, um die Folgen der Krise für die Lohnabhängigen abzufangen.

Gleichzeitig versucht das Kapital, seine Gewinnmöglichkeiten dadurch zu verbessern, daß es Verteilungsverhältnisse zu seinen Gunsten verändert, indem es direkten und indirekten Lohnverzicht durch Abbau des Sozialstaates fordert.

Dazu werden Sozialleistungen, die die Lohnabhängigen vor den Folgen der Krise schützen sollen, uminterpretiert und zur Ursache der Krise erklärt. Die Beseitigung von Sozialstaatlichkeit erscheint in der Propaganda als Voraussetzung für wirtschaftlichen Aufschwung.

Durch die damit bewirkte Senkung der Massenkaufkraft werden die sozialen Sicherungssysteme" in ihrer Funktion als ökonomischer Stabilisator geschwächt, d.h. Im Interesse einer unmittelbaren Steigerung der Gewinne des Kapitals wird die Krise verschärft.

Weltweite Überakkumulation und globalisierte Finanzmärkte: Anlageträchtiges Kapital erschließt sich bisher der Profitlogik entzogene gewinnträchtige Bereiche (Sozialsysteme, Gesundheitswesen, Verkehr, Energiewirtschaft, Wasser – die gesamte öffentliche Daseinsvorsorge)

4. Die aktuelle Auseinandersetzung um die Zukunft des Sozialstaats und die SPD

Grundlegende Defizite der gegenwärtigen sozialdemokratischen Politik

- Die gesellschaftlichen und ökonomischen Ergebnisse des 'Wandels' stehen als Quasi-Naturgewalten einer amorphen Menge 'der Menschen' gegenüber
- Es gibt keine Akteure und nur ganz angedeutet unterschiedlich Betroffene, es gibt keine unterschiedlichen oder gar unvereinbaren Interessen
- Es gibt folglich auch keine Parteinahme, keine Bündnispartner und Gegner - Probleme, so sie auftauchen, sind mit auf allgemeinem Konsens beruhenden 'Reformen' zu lösen, zu denen es keine Alternativen gibt

- Ökonomische Prozesse erscheinen als naturwüchsige, stetige und unabänderliche Vorgänge, die die Politik zu respektieren hat ('Globalisierung') - getreu der „neoliberalen Theologie“ (E. Hobsbawm), dass ewiges Wachstum und stetig steigender Wohlstand gewährleistet sei, wenn nur die Politik, der Staat sich nicht oder nicht 'falsch' einmischt. Die empirisch und theoretisch tausendfach belegte Krisenhaftigkeit der nationalen und internationalen kapitalistischen Marktwirtschaft gibt es nicht
- Es fehlt folglich auch jede reflektierte Darstellung der Rolle der Politik im Spannungsfeld zwischen demokratischem Anspruch und Auftrag und ökonomischer Macht, von der das Godesberger Programm noch wusste, dass sie politische Macht usurpiert.
- Völlig ausgespart bleibt die Rolle der mittels Medien, Bildungssystem und einseitig interessenhöriger 'Wissenschaft' stetigen Ideologieproduktion im Sinne der nicht in Frage zu stellenden Verteilungs- und Machtverhältnisse - im Gegenteil, die Kampfbegriffe der gesellschaftlichen und politischen Gegner werden unreflektiert übernommen und transportiert und damit deren Hegemonie im öffentlichen Bewusstsein verfestigt
- Die Rolle des Staates, sofern sie überhaupt erwähnt ist, beschränkt sich bestenfalls auf die Setzung von Rahmenbedingungen (im Rahmen unabänderlicher ökonomischer 'Gegebenheiten' - versteht sich) und des Moderators von Konsensrunden
- Darüber hinaus bleibt 'Politik' reduziert auf Regierungshandeln, die deutlich erkennbare immer stärkere faktische Entmachtung des Parlaments wird nicht zur Kenntnis genommen und das 'zweite Bein' jeder emanzipatorischen, demokratisch-sozialistischen Politik, die Parteinahme, Aufklärung und Mobilisierung der Bevölkerung für ihre Bedürfnisse und Interessen ('Sicherheit im Wandel' !) bleibt vollständig außen vor (das wäre wirklich: 'aktivierende Politik')
- Konsequenter Weise scheint es eine Rolle der Partei bei all dem überhaupt nicht mehr zu geben, weder in der Analyse der gesellschaftlichen Prozesse und der Parteinahme im gesellschaftlichen Interessenkonflikt, noch in der Einflussnahme auf das Bewußtsein ('Aufklärung'), der politischen Orientierung ('Hegemonie') und der Mobilisierung für politische Aktionen.

„Grunddogmen“ der gegenwärtigen SPD-Regierungspolitik:

- Die gesellschaftlichen Verteilungsverhältnisse sind unantastbar, außerhalb der politischen Handlungsmöglichkeiten oder werden schlicht ignoriert
- Es gibt in unserer Gesellschaft keine fundamentalen Interessengegensätze
- TINA
- „Pferdeäpfel (Trickle Down)“-Theorem

5. Aktuelle Aufgaben und längerfristige Perspektiven

SozialdemokratInnen können und müssen über die wirklichen Mängel und Defizite unserer Sozialsysteme und die Ursachen ihrer Finanzkrise aufklären. An Hauptmerkmalen/-ursachen der gegenwärtigen Schwierigkeiten sind festzuhalten:

1. Lösung staatlicher Haushaltsprobleme auf Kosten der Sozialsysteme und der Gemeinden durch Übertragung von Folgelasten einer fehlenden Beschäftigungspolitik und einer verfehlten Steuer- und Einnahmepolitik

2. Ein mangelhaftes und ungerechtes Finanzierungssystem, das die Vermögenden und Besitzenden, die Verursacher von notwendigen Sozialleistungen und ertragsstarke, stark rationalisierte Unternehmen nicht ausreichend an der Finanzierung beteiligt.
3. Die Finanzierung von Beschäftigungs- und Auslastungsproblemen bei den Unternehmen durch die Sozialsysteme, z.B. "59er-Regelung", „Kurzarbeit-Überstunden-Schaukel“, Aufbau "olympiareifer" Belegschaften.
4. Die Finanzierung der „deutschen Einheit“ über die Sozialsysteme.
5. Die Möglichkeit für privatwirtschaftliche bzw. privatwirtschaftlich agierende Leistungsanbieter, ihre Einkommens- und Profitinteressen gegen die Sozialsysteme durchzusetzen; dabei haben die Nachfrager in der Regel keine Möglichkeiten zur Beeinflussung des Angebots.
6. Massive Rationalisierung und Intensivierung der Arbeitsprozesse gerade in Krisenzeiten lassen die sozialen Folgekosten (Gesundheit, Umwelt usw.) privater Produktion ansteigen.
7. Die mangelhafte Ausrichtung der Sicherungssysteme auf Prävention, insbesondere im Gesundheitswesen, bzw. zur Hilfe zur Selbsthilfe und Integration, z.B. bei der Sozialhilfe.
8. Folgen des demographischen Wandels.

Die Forderungen der SPD zur weiteren Entwicklung des Sozialstaates müssen sich deshalb nicht nur auf die Aufhebung der ungerechtfertigten Zwangsoffer richten, sondern auf Strukturveränderungen bei den Sozialsystemen.

Dabei darf Sozialpolitik nicht nur als notwendiger Schutz vor den krisenhaften Erscheinungen des Kapitalismus verstanden werden, sie muß darüber hinaus eingebettet sein in ein wirtschaftspolitisches Konzept, das die ökonomische Krise auch in ihren Ursachen bekämpft und damit Ressourcen freisetzt, die Möglichkeiten zu mehr Partizipation und gesellschaftlicher Selbstbestimmung geben.

Kriterien für eine Reform der sozialen Leistungs- und Sicherungssysteme sind:

- Erhaltung und Wiederherstellung der bereits erkämpften Leistungen,
- Erhaltung der Sozialsysteme als Stabilisator der Massenkaufkraft und damit der Gesamtwirtschaft
- Ausbau der Sozialleistungen gemäß dem Bedarf und im Sinne einer auf Partizipation und Emanzipation gerichteten Gesellschaftspolitik, die soziale Gerechtigkeit verwirklicht.

Mit der letztgenannten Forderung ist bereits angesprochen, daß Sozialpolitik in langfristigen Perspektiven angelegt sein muß und daß sie zur Realisierung der Zielpunkte auch in den Kern der ökonomischen Struktur eingreifen muß.

Zudem soll sie gesellschaftliche Wandlungsprozesse, die emanzipatorische Möglichkeiten eröffnen, aktiv unterstützen, z.B. den Wandel der Geschlechterrollen und im Zusammenhang damit den der Familie, sowie die Entwicklung neuer Formen sozialen Zusammenlebens.

Gesellschaftlicher Wandel

Wenn sich Sozialpolitik nicht darauf beschränken darf, auf bereits eingetretene Problemlagen zu reagieren, dann muss sie als Gesellschaftspolitik auch Richtungen zeigen, in denen die sozialen Wandlungsprozesse gestaltbar werden.

Der wirtschaftliche und der damit einhergehende soziale Strukturwandel stellt neue Anforderungen an die Politik, er eröffnet aber auch neue Möglichkeiten:

- Die von der technischen und der wirtschaftlichen Entwicklung induzierten Veränderungen der Berufsstruktur und der Anforderungen an die Arbeitnehmer erfordern zusätzliche soziale Schutzmechanismen und gesellschaftliche Maßnahmen zur Pflege der Arbeitskraft, zur Erhaltung bzw. Wiederherstellung der Chancen auf dem Arbeitsmarkt und zur beruflichen Qualifizierung.
- Aus Veränderungen von Arbeitsprozessen, Arbeitsinhalten, der Arbeitsorganisation und der Arbeitszeitgestaltung resultieren veränderte Formen der Belastung der Arbeitnehmer und auch neue Ansprüche an die gesellschaftlich bereitgestellten sozialen und kulturellen Dienste.
- Die steigende räumliche, berufliche und soziale Mobilität erfordert Angebote, die den Menschen helfen, die daraus entstehenden Probleme zu bewältigen.
- Auf Verschiebungen im demographischen Aufbau der Bevölkerung kann die Sozialpolitik nicht nur damit reagieren, dass sie verstärkt Dienste und Leistungen für ältere Menschen anbietet. Zu berücksichtigen ist auch, dass die Lebensweisen alter Menschen sich weiter differenzieren und die Lebenssituationen alter Frauen und alter Männer verschieden sind. Dem wird eine klassische Seniorenpolitik nicht mehr gerecht.
- Zu einem Kennzeichen der Gesellschaft wird insgesamt, dass sich mit dem Generationswechsel neue Lebensweisen entwickeln und dass neue generations- und geschlechtsspezifische Anforderungen an die Politik gestellt werden. Deutlich wird dies u.a. daran, dass das Jugendalter zu einer eigenen Lebensphase geworden ist, in der sich, neben- und nacheinander, unterschiedliche Formen eigener Jugendkulturen ausbilden und auf die Gesamtgesellschaft ausstrahlen sowie marktwirtschaftlich vereinnahmt werden.
- Ein entscheidender Ansatz für eine neue, bedarfsgerechte Strukturierung der Sozialsysteme muss die Auflösung der geschlechtsspezifischen Rollenverteilung und die damit verbundene Veränderung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung sein:
- Das Angebot an sozialen Dienstleistungen muss den Rollenwandel unterstützen und die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Erwerbs- und Familienarbeit partnerschaftlich zwischen Männern und Frauen geteilt werden kann, dass die bestehenden Mehrfachbelastungen, vor allem der erwerbstätigen Frauen abgebaut und die Möglichkeiten selbstbestimmten und solidarischen Lebens erweitert werden.
- Zusätzliche Anforderungen ergeben sich aus dem Strukturwandel der Familie und der Entstehung neuer Formen von Lebensgemeinschaften.
- Die Erwerbsarbeit hat für die SPD noch wie vor eine zentrale, lebensbestimmende Rolle, das Recht auf einen Arbeitsplatz zur Sicherung der materiellen Existenz, zur Entwicklung und Entfaltung von Fähigkeiten und Fertigkeiten und zur Teilhabe an gesellschaftlichen Lebensprozessen bleibt daher oberstes Ziel unserer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. Mit dem Wachstum der Arbeitsproduktivität, der Verkürzung der notwendigen Arbeitszeit im Erwerbsleben, der Veränderung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung und dem demographischen Wandel gewinnt aber die Gestaltung der Tätigkeiten außerhalb der Erwerbsarbeit zusätzliches Gewicht. Dazu gehören sowohl die Haus- und Familienarbeit als auch alle Formen selbstbestimmter Tätigkeit, das Engagement im sozialen, politischen, kulturellen und sportlichen Bereich und die zweckfreie Gestaltung der freien Zeit.

- Angesichts dieser Wandlungsprozesse erweisen sich die von der Gesellschaft bislang bereitgestellten Leistungen quantitativ und qualitativ als *nicht hinreichend*:
- Die wachsenden Anforderungen an gesellschaftliche Dienstleistungen erfordern auch neue Formen öffentlich unterstützter gesellschaftlicher Organisation, die besonders den Kriterien der Solidarität und der Selbstbestimmung genügen müssen. Allein der Verweis auf Selbsthilfe und auf privatwirtschaftlich erbrachte, an der individuellen Kaufkraft orientierte Leistungen wird dem nicht gerecht.

Für Sozialdemokraten versteht sich, daß diese Forderungen nicht idealistisch losgelöst von den ökonomischen Voraussetzungen gestellt werden dürfen.

Systemimmanente Ansätze der Sozialpolitik können an der Tatsache der Krisenhaftigkeit der kapitalistischen Ökonomie nichts ändern, deshalb sind erkämpfte Leistungen durch die Krise auch immer gefährdet.

Gerade deshalb aber kann sich für eine den Interessen der Bevölkerungsmehrheit verpflichtete Sozialpolitik nicht die Frage stellen, inwieweit ihre Forderungen „wirtschaftlich“ vertretbar oder verträglich sind.

Vielmehr müssen die Interessen der Lohnabhängigen nach materieller und sozialer Sicherheit offensiv gegen das System kapitalistischer Produktion vertreten werden: Vorgebliche Überforderung der Wirtschaft durch die Sozialpolitik kann nicht als Argument gegen die Sozialpolitik gerichtet werden, sondern bestenfalls gegen das ökonomische System, das trotz des entwickelten Standes der gesellschaftlichen Produktivität nicht in der Lage ist, den Lebensinteressen der Bevölkerung gerecht zu werden.

Sozialpolitik ist so gesehen eine unverzichtbare Ebene in der Auseinandersetzung zwischen Lohnarbeit und Kapital, die eingebunden sein muß in eine langfristige antikapitalistische Strategie. Ziel dieser Strategie wäre dann die Durchbrechung der Grenzen, die der Sozialpolitik bislang gesetzt sind durch die Aufhebung ihrer Voraussetzungen in einem System gesellschaftlicher Organisation der gesellschaftlichen Produktion nach Maßgabe der Bedürfnisse der Menschen.